

Museen als »umkämpfte Orte«, Events und Bildungseinrichtungen

In Rostock, Würzburg, Köln und selbstverständlich in Berlin stehen in den ersten Monaten des neuen Jahres die Probleme mit den Theatern weiter im Mittelpunkt der kommunalen Kulturpolitik. Finanz- und Strukturprobleme, manchmal verknüpft mit Personalquerelen, sind in der Regel die Ursachen dafür. Zwar scheinen die sich abzeichnenden Theaterschließungen in Würzburg und Rostock vorerst abgewendet, aber da lediglich mit absehbar unzureichenden finanziellen Maßnahmen auf die Probleme reagiert wird, ist die Fortsetzung der Auseinandersetzungen sicher. Das trifft erst recht auf Berlin zu. Von den weitreichenden Strukturvorschlägen des Berliner Kultursenators Christoph Stölzl vom Herbst vergangenen Jahres, die u. a. eine Fusion von zwei der drei Opernbühnen, die Zusammenlegung der Tanzcompagnien zu einem *Berlin Ballett* und eine Profilzuweisung für die drei Opernhäuser vorsahen, ist sehr wenig übrig geblie-

ben. »Abgesang« ist der entsprechende Kommentar dazu in der *Frankfurter Rundschau (FR)* vom 8.3. überschrieben. Mit der beschlossenen Rechtsformänderung, einem *Opennrat* und inzwischen konkreteren Personalkonstellationen ist bislang wenig zur Lösung der strukturellen Finanzprobleme der Berliner Theater getan. Diese sollen später angegangen werden, und im übrigen wird weiter auf zusätzliche Bundesmittel gehofft. (Vgl. das Interview mit Kultursenator Christoph Stölzl in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)* vom 9.3.: »Auf der Suche nach dem verlorenen Wunschzettel«)

Aber auch die Bildende Kunst, Museumsprobleme und Ausstellungen beschäftigen die kommunale Kulturpolitik in einigen Städten zunehmend. Was in den USA öfter geschieht, dass Kunstausstellungen Gegenstand politischen Streits sind, scheint nun auch in der Bundesrepublik zunehmend Platz zu greifen. Eigentlich ist es auch ein Zeichen leben-

diger demokratischer Auseinandersetzung und eines nicht durchgängig musealen Charakters der Museen, wenn sie »umkämpfte Orte« sind, wie ein Beitrag von Steven Dubin über entsprechende amerikanische Erfahrungen in *Texte zur Kunst* (Heft 41) beschrieben ist.

Zudem ist nicht verwunderlich, wenn in Zeiten zunehmender Debatten über »Identitätsbildung«, »Leitkultur« und die Sinnhaftigkeit beziehungsweise Unsinnigkeit des »Stolzseins« auf was auch immer Ausstellungen Teil dieser Auseinandersetzungen werden. Der Streit um die »Wehrmachtausstellung« und die Debatten über verschiedene Ausstellungen von Kunst aus der DDR, zugespitzt um die Weimarer Ausstellung »Aufstieg und Fall der Moderne«, sind Ausdruck dieser Einbindung von Museums- und Ausstellungsprojekten in gesellschaftspolitische Diskussionen.

In diesem Kontext sind zwei Ereignisse der letzten Tage des vergangenen und der ersten Tages des neuen Jahres vielleicht gar nicht so singulär, wie es den Anschein hat und die Akteure betonen.

Acht Tage vor der Eröffnung einer Ausstellung von Kriegsbildern von Lothar-Günther Buchheim im Chemnitzer

Januar

München/Bonn/Berlin Seit Jahresbeginn sind das *Goethe-Institut* und *Inter Nationes* zusammengeschlossen. Das *Goethe-Institut Inter Nationes* ist damit die größte Mittlerorganisation der deutschen auswärtigen Kulturpolitik mit 128 Kulturinstituten in 76 Ländern, 3 500 Mitarbeitern und einem Gesamtetat von 487 Mio. DM. (→ 17.1.)

9.1. Berlin Beginn der bundesweiten Kampagne »Was ich kann, ist unbezahlbar« im Rahmen des von den *Vereinten Nationen* ausgerufenen »Internationalen Jahres der Freiwilligen 2001«, mit der auf die Bedeutung der Freiwilligenarbeit für die Gesellschaft hingewiesen und neue Freiwillige gewonnen werden sollen. (→ 14-18.1.)

10.1. Berlin Der Philosophieprofessor und ehemalige Münchener Kulturreferent Julian Nida-Rümelin tritt sein Amt als *Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und Medien* an. In seiner ersten Pressekonferenz betonte er die besondere Verantwortung des Bundes für die Rahmenbedingungen von Kunst und Kultur in Deutschland, zum Beispiel bei der Künstlersozialkasse, dem Urheberrecht und dem Stiftungsrecht. Zur Förderung der Hauptstadt Kultur kündigte er an, die Kriterien, nach denen der Bund kulturelle Einrichtungen und Projekte in Deutschland fördert, zu systematisieren und mit den Ländern abzustimmen.

11.1. Chemnitz Das *Schlossbergmuseum Chemnitz* sagt die für den 21.1. geplante Ausstellungseröffnung mit Bildern von Lothar Buchheim (»Das Boot«) ab. Als Gründe werden umfangreiche Kürzungen Buchheims an kriegskritischen Passagen des Ausstellungskatalogs sowie Geldforderungen angegeben. Zuvor war die geplante Ausstellung in die Kritik wegen angeblich kriegsverherrlichender Bilder geraten.

12.1. New York Mit der endgültigen Genehmigung durch die US-Mediensaufsicht *Federal Communications Commission (FCC)* ist die Fusion zwischen dem Online-Dienst AOL und dem traditionellen Medienkonzern *Time Warner* vollzogen. Mit 40 Mrd.

DM Umsatz und 85 000 MitarbeiterInnen ist dadurch der weltweit größte Medienkonzern entstanden. Kurz nach der Fusion wurde bekannt gegeben, dass der neue Konzern über 2 000 MitarbeiterInnen entlassen wird.

13.1. Porto/Rotterdam Eröffnung des »kulturellen Jahres«, mit dem Portugals zweitgrößte Stadt Porto und Rotterdam für 2001 Kulturhauptstadt Europas sind.

14.-18.1. Amsterdam Zum Abschluss der Weltfreiwilligenkonferenz wird ein »Global Action Plan« und eine »Universal Declaration on Volunteering« veröffentlicht. Im Aktionsplan werden Maßnahmen für Freiwilligenorganisationen, Regierungen, Wirtschaft und Medien sowie für den Bildungs- und Erziehungsbereich zur Umsetzung der Ziele des »Internationalen Jahrs der Freiwilligen« wie Anerkennung des Freiwilligenengagements, Unterstützung und bessere Rahmenbedingungen, Vernetzung und stärkere Partizipation vorgeschlagen.

15.1. Halle Nachdem der Verwaltungsrat des Nürnberger *Germanischen Nationalmuseums* am 6. Dezember vergangenen Jahres die für den Sommer geplanten Ausstellung »Willi Sitte. Werke und Dokumente« um drei Jahre verschoben hat, um »eine umfassende Bewertung der Quellenlage zu ermöglichen«, sagt der auch zu DDR-Zeiten umstrittene Maler und Kulturfunktionär Willi Sitte seinerseits das Ausstellungsverhaben ganz ab.

15.-28. Hamburg Nach 11 Tagen Streik erkämpfen die Beschäftigten des *Stella-Musicals* »Cats« – erstmalig in der Musicalbranche – einen Manteltarifvertrag und einen Sozialplan. Am 28.1. findet nach 15 Jahren mit über 6 000 Aufführungen und über sechs Mio. Besuchern die letzte Aufführung von »Cats« in Hamburg statt. Ab 2. März wird es in Stuttgart gespielt. Auch das zweite Hamburger *Stella-Musical* »Phantom der Oper« wird im Sommer nach elf erfolgreichen Jahren in Hamburg abgesetzt.

17.1. Berlin Das Präsidium des *Goethe-Instituts Inter Nationes* wählt den Historiker und derzeitigen

Leiter der *Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv (DRA)*, Joachim-Felix Leonhard, zum neuen Generalsekretär.

17.1. Berlin Bundestagsdebatte über die Vergangenheit von Außenminister Fischer in den 70er Jahren. Nach Fischers Aussage beim Prozess gegen H.-J. Klein wegen dessen Teilnahme am Überfall auf die OPEC-Konferenz in Wien 1977 beginnt eine breite öffentliche Debatte über die »68er Generation«, ihr Verhältnis zur Gewalt und um Rücktrittsforderungen gegen den Außenminister. Auch Umweltminister Trittin gerät in die Kritik von Seiten führender CDU/CSUler und der Springer Presse wegen ungenügender Distanzierung vom »Mescalero-Artikel« von 1977. Im Februar und März folgen zwei weitere »aktuelle Stunden« im *Bundestag* zu dem Thema.

18.1. Berlin Diskussion im *Deutschen Bundestag* zur »Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage Soziokultur« mit der ersten Bundestagsrede des neuen Staatsministers für Kultur und Medien zum Thema »Soziokultur«. Mit Verweis auf die über 22 Mio. jährlichen Besucher betonte er den wichtigen Beitrag, den diese Einrichtungen für die »kulturelle Partizipation der Bevölkerung« leisten. In der Einschätzung der Leistungen und des Stellenwerts soziokultureller Zentren waren sich alle RednerInnen in der Debatte mit der Bundesregierung einig.

19.1. Köln Das neue *Wallraff-Richartz-Museum* des Architekten Oswald M. Ungers wird eröffnet.

23.1. Wiesbaden Zum »Unwort des Jahres 2000« kürt die *Gesellschaft für deutsche Sprache* »nationalbefreite Zone«, mit dem Rechtsradikale in Ostdeutschland von ihnen terrorisierte Gebiete bezeichnen.

26.1. Berlin Erste Sitzung der 17köpfigen Expertenkommission »Historische Mitte Berlin« unter dem Vorsitz des ehemaligen Wiener Stadtbaurats und österreichischen EU-Abgeordneten Hannes Swoboda. Bis Jahresende will die Kommission einen Vorschlag unterbreiten, der voraussichtlich

Schlossbergmuseum wurde diese vom Museumsdirektor abgesagt. Als Gründe gab er Streichungen kriegskritischer Passagen und Geldforderungen des Malers, ehemaligen Kriegsberichterstatters und erfolgreichen Buchautors (»Das Boot«) Buchheim an. Dieser wies die Unterstellungen zurück und »schmiss ihnen«, wie er sagte, »die Ehrenbürgerwürde vor die Füße ... (da kein) Funke von Wahrheit an der Argumentation« sei (»Der alte Mann und sein Bilder-Krieg«, *Welt am Sonntag*, 14.1.). Für Buchheim sind die angeführten Gründe ein Vorwand, sich nicht mit seinen Bildern auseinandersetzen zu wollen und ihn in eine Schublade der Kriegsverherrlicher zu stecken, denn vier Tage vor der Absage war in der Fernsehkultursendung »Titel, Thesen, Temperamente« ein Beitrag gezeigt worden, in dem seine Kriegszzeichnungen als »kriegsverherrlichend« kritisiert wurden. In einem Interview in der *Süddeutschen Zeitung* (SZ) vor der Ausstellungsabsage setzt sich Buchheim heftig dagegen zur Wehr und spricht davon, dass seine Arbeiten sogar »durchaus etwas Widerständisches« hätten, vor allem aber seien es »Dokumente jener Zeit«, mit denen man sich auseinandersetzen soll. (SZ, 11.1.) Ganz so »widerständig« können sie aller-

dings kaum sein, da in einem Beitrag über NS-Kunst im *Spiegel* (Heft 9/2001: »Dolce Vita für den Endsieg) auf das ausführliche Lob für Buchheims Bilder in dem NS-Buch »Feuer und Farbe« hingewiesen wird (»wegweisend die Verschmelzung von Einzelmensch, Kampfgeschehen und Waffenwirkung«). Museumsdirektor Thomas Schuhr weist seinerseits jeglichen Zusammenhang zwischen der Medienkritik und der Ausstellungsabsage zurück und will einen neuen Anlauf machen und auf Buchheim zugehen. (*Neue Osnabrücker Zeitung*, 16.1.) Es bleibt zu hoffen, dass die Ausstellung stattfindet, weniger wegen der »beschädigten Bilder«, wie die *taz* nach der Absage titelte (13./14.), sondern weil die Auseinandersetzung mit der Bildenden Kunst in dieser Zeit – und sei es nur Propagandamalerei – weiter notwendig ist und auch weil Verbote und Absagen nichts zur Aufklärung beitragen.

In Nürnberg hatte der Verwaltungsrat des *Germanischen Nationalmuseums* am 6. Dezember des vergangenen Jahres einstimmig die Verschiebung der Ausstellung »Willi Sitte. Werke und Dokumente« auf das Jahr 2003 beschlossen. Begründet wurde dies mit dem Bearbeitungsstand des Ausstellungsprojektes, das es wegen des »komplexen

Themas und der hohen zeitgeschichtlichen Relevanz ... einer sehr umfangreichen wissenschaftlichen Recherche« bedürfe. Durch die Verschiebung soll eine »umfassende Bewertung der Quellenlage ermöglicht« werden, so die Erklärung.

Willi Sitte war nicht nur einer der bekanntesten Maler in der DDR, sondern auch von 1974 bis 1988 Präsident des *Verbandes Bildender Künstler* und von 1986 bis 1989 Mitglied des ZK der SED und somit als Kunstfunktionär auch Teil des Herrschaftssystems der Partei gegenüber oppositionellen, systemkritischen Künstlern. (Vgl. das ausführliche Interview mit ihm – »Arschleckerie gab es nicht« – in *Die Woche* vom 2.3.2001 sowie Martin Warnke, »Das System Sitte«, *Die Zeit*, 22.2.)

Inzwischen hat der Künstler seinerseits die Zusage zur Ausstellung zurückgezogen. In der *Zeit* (22.1.) hat Bernhard von Loeffelholz als Mitglied des Verwaltungsrates unter dem Titel »Der Künstler an der Macht« die oder zumindest seine Gründe für den Verschiebungsbeschluss dargelegt. Seine inhaltlichen Einwände gegen eine zu schönfärberische Darstellung von Sittes Funktionsaktivitäten im geplanten Ausstellungskatalog sind nicht von der Hand zu

auf einen Vermittlung zwischen den beiden Extremen »Wiederaufbau des Stadtschlusses« und »Palast der Republik« hinauslaufen wird. Die öffentlichen Debatten um die zukünftige Gestaltung gehen inzwischen weiter.

26.1-6.2. München/Berlin Bei der Auftaktveranstaltung des vom *Europarat* ausgerufenen »Europäischen Jahres der Sprachen« im *Goethe-Institut* hat sich Staatsminister Nida-Rümelin für eine Stärkung der Sprachkenntnisse ausgesprochen, die für das Verständnis einer Kultur zentral sind. Bei der nationalen Startkonferenz am 6.2. in Berlin unter dem Motto »Sprachen öffnen Türen« setzt sich Bildungsministerin Bulmahn für eine stärkere Förderung der Fremdsprachenkompetenz als Schlüsselqualifikation ein. Parallel zur Kampagne für Mehrsprachigkeit findet eine Auseinandersetzung um mögliche gesetzliche Regelungen zum »Schutz der deutschen Sprache« statt, die der Berliner Innensenator Werthebach (CDU) in die Diskussion gebracht hat. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD), Anje Vollmer (B. 90/Die Grünen) und andere prominente PolitikerInnen wenden sich gegen die Verhöhnung der deutschen Sprache durch die zunehmende Übernahme von Anglizismen und Amerikanismen.

27.1. Köln Beginn der dritten Staffel von »Big Brother« (RTL II). Nach knapp fünf Mio. Zuschauern beim Einzugsstag fiel die Zahl der Zuschauer und liegt seither bei ca. 2 Mio. Auch die mit großem Werbeaufwand geförderte *Sat-1*-Sendung »Girls-camp« hat nur ca. 1,8 Mio. Zuschauer (Marktanteil 5,7 Prozent) und die *Reality-Show* »to club – jetzt geht's los« (RTL II) einen Marktanteil von vier Prozent. Inzwischen wurde wegen der geringen Resonanz die geplante vierte Staffel von »Big Brother« auf 2002 verschoben und »to club« eingestellt.

28.1. Berlin Der *Bundesbeauftragte für Kultur und Medien* Nida-Rümelin lehnt die Forderung der Unions-Bundestagsfraktion ab, die Berliner Dokumentationsstätte »Topographie des Terrors« allein durch

den Bund zu finanzieren. Er befürwortete eine Beteiligung des Bundes von 50 Prozent, auch um die Gemeinden und Länder nicht aus der Verantwortung für die Erinnerung an die NS-Vergangenheit zu entlassen. Anfang März spricht er von einer Obergrenze von 70 bzw. 76 Mio. DM Gesamtkosten.

29.1. Bonn/Berlin Gemeinsame Erklärung des *Bundesverbandes Bildender Künstlerinnen und Künstler* (BBK) und des *Deutschen Künstlerbundes* zur Harmonisierung des »Folgerechts« (Beteiligungsanspruch bildender KünstlerInnen an der Weiterveräußerung von Kunstwerken). Am 11.12.2000 hat das *Europäische Parlament* die Harmonisierung des Folgerechts und damit seine Einführung auch in den EU-Ländern Großbritannien, Irland, den Niederlanden und Österreich beschlossen. Gegen diese Harmonisierung haben sich Verbände des Kunsthandels ausgesprochen, und in Österreich wurde eine Kampagne »Künstler gegen Folgerecht« gestartet. Die Erklärung des BBK und des Künstlerbundes fordert die Bundesregierung auf, sich weiterhin intensiv für die Umsetzung der Harmonisierungsrichtlinie des *Europäischen Parlaments* einzusetzen und am Folgerecht festzuhalten.

29.1. Wiesbaden Die *Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kultur*, Ruth Wagner (FDP), gibt die Berufung einer neunköpfigen Expertenkommission bekannt, die konzeptionelle Vorschläge zur Verbesserung der hessischen Kulturpolitik entwickeln soll. Die Leitung der Expertenkommission hat der Präsident des *Goethe-Instituts Inter Nationes* und frühere Frankfurter Kulturdezernent Hilmar Hoffmann. Das viermal jährlich zusammenkommende Gremium will bis Ende 2002 einen Katalog mit Verbesserungsvorschlägen vorlegen.

Februar

1.2. Bonn Der Rat der Stadt stimmt dem Verkauf eines Bildes (»Sandteichdamm« von Georg Baselitz) mehrheitlich gegen die Stimmen der *Grünen*

und von zwei *SPD*-Stadträten zur Deckung der Schulden aus der Ausstellung »Zeitenwende« zu. Die Anknüpfung dieser Veräußerung an die Sparkasse, die das Bild dem Museum als Dauerleihgabe überlässt, hat im vergangenen Jahr für erhebliche Kritik gesorgt und zahlreiche Mitglieder zum Austritt aus dem Förderverein bewegt.

1.-2.2. Weimar UNESCO-Konferenz von 160 VertreterInnen von 24 Weltkulturstätten in Deutschland zum Thema »Kulturerbe – Bewahren für alle Zeiten?« sowie zur touristischen Kooperation der deutschen Welterbe-Stätten und zur Denkmalpflege. Aufsehen und Diskussion erregt der Vorschlag von Bernd Kauffmann, die *Gedenkstätte Buchenwald* zum Weimarer Weltkulturerbe dazu zu zählen.

5.2. Berlin Vorlage der Kinostatistik durch die *Filmförderanstalt* (FFA). Danach ist die Zahl der Kinobesucher im Jahr 2000 um 2,4 Prozent auf 153 Mio. gestiegen. Es wurden mit 316 Sälen mehr Aufführungsorte geschlossen als im vergangenen Jahr, gleichzeitig aber mit 478 auch mehr als im Vorjahr neu eröffnet. Die Hälfte davon waren Multiplexkinos, so dass mittlerweile fast jede vierte Leinwand zu einem der großen Multiplexkinos gehört. Bezogen auf die Besucher war der Anteil der Multiplexkinos mit 40 Prozent noch höher. Nur zwei Filme hatten im Berichtsjahr mehr als vier Mio. Besucher (»American Pie« und »Mission Impossible II«). Der Marktanteil der Filme deutschen Ursprungs sank von 14 auf 12,5 Prozent.

5.2. Gütersloh Die *Bertelsmann AG* übernimmt die Anteilsmehrheit an Europas größter Fernseh- und Radioholding *RTL Gruppe* und kündigt einen möglichen Börsengang an. *RTL* erreicht über 22 TV- und 18 Radiosender in elf Ländern Europas mehr als 120 Mio. Fernsehzuschauer und 25 Mio. Radiohörer.

7.-18.2. Berlin Eröffnung der 51. Berlinale durch Staatsminister Jülian Nida-Rümelin mit dem in Deutschland gedrehten Film »Duell – Enemy at the Gates« vom Jean-Jaques Annaud. Den *Goldenen Bären* erhält das französische Erotik-Drama »Inti-

weisen. Aber neu sind sie nicht, nur einige konkrete Details. Sitte war und ist eine öffentliche Person, die seit den 70er Jahren im Westen ausgestellt wird und deren Wirken als Verbandspräsident auch hier bekannt ist. Ein Symposium zu seiner Person in diesem Jahr zu machen und in drei Jahren die Bilder zu zeigen, wie der Beschluss des Verwaltungsrats vorsah, wäre vielleicht bei einem unbekanntem Künstler nachvollziehbar, aber erstaunt als Begründung für eine Ausstellungsverschiebung bei Willi Sitte. Seine Bilder sind hier ebenso bekannt wie seine politischen Auffassungen und seine vielfach wenig liberale Haltung gegenüber kritischen Künstlern. Sieben Jahre war die Ausstellung geplant und seit zwei Jahren wurde sie vorbereitet und der Verwaltungsrat davon in Kenntnis gesetzt. Zudem ist das *Germanische Nationalmuseum* keine Laienspielschar einer Kleinstadt, sondern hat früh seine Verantwortung für die Kunstentwicklung in Gesamtdeutschland wahrgenommen. Dies zusammengenommen, bleibt das unguete Gefühl, das Eduard Beaucamps verschiedene Einlassungen »Wider die Zensur der Funktionäre« in der FAZ (hier am 17.1.; gemeint sind von ihm die »Funktionäre« des Verwaltungsrats), nicht ganz von der Hand zu wei-

sen sind, und, wie im *Freitag* geschrieben wurde, wieder einmal »zwei Wahrheiten im deutschen Bilderstreit aufeinanderprallen. Die eine, ganz dem westlichen Dogma der freiheitlichen Kunst verpflichtet, sieht in der vom Staat funktionalisierten DDR-Kunst den programmatischen Verrat an den eigenen Idealen und erkennt sie folgerichtig gar nicht erst als Kunst an. Die andere insistiert auf eine Lebenswirklichkeit, deren künstlerische Herausforderung in einer Gratwanderung zwischen offizieller Kunstpolitik und individueller Kunstproduktion bestand und für die nicht Indienstnahme, sondern Parteilichkeit als Motivation für ein immer neu zu erprobendes Ausschreiten oder das Konterkarieren unsteter Grenzen galt ... Viele Details des Bilderstreits machen deutlich, dass der Kampf um die Deutungsmacht der Bilder immer noch den Rang politischer Kämpfe um Vormachtstellungen in der gesamtdeutschen Identitätsbildung inne hat.« (Kristina Bauer-Volke im *Freitag*, 2.2.2001)

Beim Streit um die Ausstellungen in Chemnitz und Nürnberg geht es um künstlerische bzw. kulturpolitische Inhalte und Bedeutungen, Positionen und Haltungen. Das ist zumindest den teilweise unerquicklichen Auseinandersetzungen positiv abzugewinnen und

heben sie von einem anderen Zug in der gegenwärtigen Museums- und Kunstpolitik ab. In einem längeren Beitrag hat der ehemalige Direktor des *Museums für Bildende Kunst* in Leipzig und heutige Leiter des *Schleswig-Holsteinischen Landesmuseums auf Schloß Gottorf*, Herwig Guratzsch, in der FAZ diese andere Tendenz unter der Überschrift »Die Qualität ist das Ereignis. Zwischen Substanz und Event: Die Inflation unserer Museen« beschrieben (19.2.). Er weist anfangs auf die eklatante Diskrepanz zwischen den alltäglichen finanziellen Nöten der Museumsarbeit und den zahlreichen Museumsneu- und -umbauten, bei denen Geld keine große Rolle spielt, hin. Dieser krasse Kontrast mit seiner »inflationären Konkurrenz« ist für ihn Ausdruck eines »absurden Verschleißes von Museumssubstanz. Sie besteht nun einmal in der kostbaren und außergewöhnlichen Bedeutung des Einzelwerkes.« Für die im wirtschaftlichen Erfolgsdenken geübten Kunstmanager, so seine Kritik, wird das Bild aber erst ein Meisterwerk, »wenn es gebrauchsfertig, konisch trendschnittig gemacht wird«, es inszeniert wird. Die Besuchermenge ist das Ziel, nicht die Kunstbegegnung. Das muss für Guratzsch kein Widerspruch sein, wird aber bei der

macy« von Patrice Chereau, *Silberne Bären* der chinesische Film »Beijing Bicycle« (Wang Xiaohou) und die dänische Komödie »Italienisch für Anfänger« (Lone Scherfig).

10./11.2. Berlin Verbändebefragung der *Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages »Zukunft der Bürgergesellschaft«*, zu der auch Kulturverbände eingeladen sind.

12.2. Berlin Der Rundfunkrat für den Auslandsrundfunk stimmt dem Wunsch des bisherigen Intendanten der *Deutschen Welle* Dieter Weirich zur vorzeitigen Auflösung seines Vertrages zum 31.3. zu. Damit ist der Weg für eine schnelle Nachfolgersuche frei. Die Auseinandersetzung um Kosten und Konzeption der *Deutschen Welle* war in den ersten beiden Amtsjahren des *Bundesbeauftragten für Kultur und Medien* eine der zentralen Streitfragen.

12.2. San Francisco/Redwood City Das Berufungsgericht von San Francisco weist die Klage des *Verbands der US-Musikindustrie* (RIAA) gegen die Internet-Tauschbörse *Napster* an die vorherige Instanz zurück und stellt fest, dass die Tauschbörse zwar nicht schließen müsse, aber unter bestimmten Umständen für die Verletzung urheberrechtlicher Bestimmungen ihrer TeilnehmerInnen zur Rechenschaft gezogen werden kann. Im Urteil des Bezirksgerichts vom 2.3. wird die Auffassung der Musikbranche zurückgewiesen, dass *Napster* illegal sei. Aber die Tauschbörse wird verpflichtet, die urheberrechtlich geschützten Titel zu sperren. Am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos hat der *Bertelsmann*-Vorsitzende Thomas Middelhoff (am 30.1.) bekannt gegeben, dass bis Juli ein Finanzierungsmodell vorliegen wird, mit dem *Napster* und *Bertelsmann* über einen Mitgliedsbeitrag die urheberrechtlichen Entgelte zahlen wollen. Gleichzeitig bemüht sich *Bertelsmann* und *Napster* mit Milliardenangeboten an die klagenden Musikkonzerne, dass diese ihre Klagen zurückziehen. (→ 22.2.)

14.2. Berlin Nach der ersten Lesung zur Novellierung des *Künstlersozialversicherungsgesetzes* im

Bundestag am 18.1. legt der *Ausschuss für Kultur und Medien* Beschlussempfehlungen für eine Änderung des Entwurfs zur Reform der *Künstlersozialversicherung* vor. Darin werden u. a. der Bundeszuschuss für die *Künstlersozialkasse* garantiert und für die nächsten fünf Jahre festgeschrieben, eine Verbesserung für Berufsanfänger vorgeschlagen und für den Laienkulturbereich die Steuer- und Sozialversicherungsfreiheit für Übungsleiter bis 3 600 DM Aufwandsentschädigung empfohlen, wodurch Vereine keine *Künstlersozialabgaben* zahlen müssten.

14.2. Straßburg Nach langjähriger Diskussion um eine Änderung des Urheberrechts stimmt das *Europäische Parlament* der Ministerratsvorlage »Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft« zu. Mit der Richtlinie werden Regelungen zur Nutzung urheberrechtlicher Produkte in den neuen Medien festgelegt und der Bereich der privaten Nutzung definiert.

21.2. Berlin Die Bundesregierung ruft den lang angekündigten »Rat für die nachhaltige Entwicklung« ins Leben, der voraussichtlich im April zum ersten Mal tagen wird. Ihm gehören 16 VertreterInnen aus Umweltverbänden, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und Wissenschaft an. Allerdings fehlen VertreterInnen von developmentspolitischen Verbänden, wodurch die Nord-Süd-Thematik nicht entsprechend vertreten ist, und solche aus dem Kulturbereich. Die Expertenrunde soll eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie entwickeln, die auf dem Weltgipfel in Johannesburg im Januar 2002 vorgestellt werden soll.

21.2. Rostock Nach massiven Protesten der Bevölkerung (35 000 Unterschriften) und auch der Wirtschaft Rostocks sowie von Theaterleuten aus der ganzen Republik gegen die im Rahmen einer »Haushaltskonsolidierung« geplante Abwicklung des Rostocker Vier-Sparten-Theaters sichert der Rostocker Oberbürgermeister Arno Pöker den Fortbestand des Theaters zu. Spätestens vom Jahr

2003 an sollen allerdings die Zuschüsse von 15 Mio. DM (bei einem Gesamtetat von 34 Mio. DM) auf dem Stand von 2000 eingefroren werden.

22.2. Hannover 293. Plenarsitzung der *Kultusministerkonferenz* mit der Festlegung der Arbeitsschwerpunkte für 2001. Im Kulturbereich soll das Verhältnis von Länder- und Bundeskulturförderung, v. a. die Hauptstadtförderung und die geplante Bundeskulturstiftung sowie die Weiterbildung und Schlussfolgerungen aus der neuen Konzeption des *Auswärtigen Amtes* zur Auswärtigen Kulturpolitik im Zentrum stehen.

22.2. Los Angeles Bei der Grammy-Verleihung gingen der Hauptpreis für das beste Album des Jahres sowie zwei weitere Grammys an *Steely Dan*. Je drei Grammys bekamen auch die Band *U2*, die Girl-Group *Destiny's Child* und der weiße Rapper *Eninem*. Für die klassische Musik wurden die *Berliner Philharmoniker* (beste Orchesterdarbietung), Helmut Rilling (beste Chordarbietung) und Dietrich Fischer-Diskau (dieser soll von einem Grammy ausgezeichnet).

22.2. Paris/San Francisco Die beiden weltweit größten Musikkonzerne *Vivendi Universal* und *Sony* gründen ein Joint-Venture namens *Duet* für den gemeinsamen Vertrieb ihrer Titel im Netz. Ähnlich wie *Napster/Bertelsmann* (→ 12.2.) wollen sie über eine monatliche Gebühr die Einnahmen für die Urheberrechtszahlungen erzielen.

23.2. Berlin Der *Beauftragte der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien*, Julian Nida-Rümelin, schlägt die Einführung einer »Bagatellgrenze« zur Besteuerung ausländischer Künstler vor. Dadurch sollen vor allem die kleineren Veranstalter, die die Ausländersteuer tragen, entlastet werden. Mit diesen Überlegungen werden auch Vorschläge des *Deutschen Kulturrats* vom 13.2. aufgegriffen.

28.2. Berlin Start des »Aktionsprogramms gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« der Bundesregierung. Insgesamt stehen 75 Mio. DM für Initiativen und Projekte, Netz-

Eventorientierung der Museen und der Museumsinflation zunehmend einer.

Der FAZ-Artikel greift dabei Themen und Argumente auf, wie sie in der Fachliteratur gerade in jüngster Zeit diskutiert werden, so beispielsweise in dem Beitrag über die Tagung »Zauberformel des Zeitgeistes. Erlebnis, Event, Aufklärung, Wissenschaft. Wohin entwickelt sich die Museumslandschaft?« (Mannheim, 29./30.9.2000), in dem, wie es in der Überschrift heißt, über die Bedeutung des »Museums zwischen ›Wissens-‹ und ›Erlebnisgesellschaft‹« diskutiert und der zunehmende Eventcharakter und die »Kulturindustrialisierung des Museums« kritisch beleuchtet werden (in: *Museen im Rheinland*, Heft 1/2001, S. 14-17; vgl. zum ähnlichen Thema Clemens Krümmel: »Past Caring. Ausstellungsmodelle zwischen Display und Animation«, in: *Texte zur Kunst*, Heft 41, März 2001, S. 31-41).

Ein Musterbeispiel für diese Entwicklung in der Museumspolitik bildet das neue *Wiener Museumsquartier*. Nach 20jährigen Diskussionen und fünfjähriger Bauzeit wird es im Juni als einer der zehn größten Museumskomplexe der Welt eröffnet. Es besteht aus zwei voluminösen Neubauten für das *Museum für Moderne Kunst* und die *Sammlung Leopold*, einer neuen

Kunsthalle und zwei Theaterspielstätten in einer umgebauten ehemaligen Reithalle und hat knapp 300 Mio. DM gekostet. Während das publizistische Augenmerk vor allem auf der »Hülle«, den Bauten, und den städtebaulichen und kulturpolitischen Auseinandersetzungen darüber liegt (vgl. »Angst vor der Courage«, *Die Woche*, 12.1.; »Der wilde Kunstmix«, *Die Zeit*, 18.1.; »Dampfnudel und Zuckerwürfel«, *SZ*, 18.1.), werden die parallel damit zusammenhängenden Entwicklungen weniger beachtet. Den prächtigen teuren Neubauten steht auf der anderen Seite ein verstärkter ökonomischer Druck auf die Museen gegenüber. Ihnen wird eine weitgehende wirtschaftliche Selbständigkeit gegeben, was heißt, dass sie ein Großteil ihrer Ausgaben erwirtschaften müssen. Aus Protest dagegen ist der Direktor des *Museums für Moderne Kunst* zurückgetreten, da er davon ausgeht, dass es unrealistisch sei, dass ein Museum für Moderne Kunst sich selbst finanziert, und für ein »Disneyland-Museum« stehe er nicht zur Verfügung. (*SZ*, 25.1.) In einem Interview im *Informationsdienst Kunst* (Nr. 233) kritisiert er den zunehmenden Zwang, kommerziell zu agieren, der die klassische Bildungsfunktion und die wissenschaftliche Tätigkeit behindert. »Meiner

Meinung nach sollten Museen, Kunsthallen und andere Kunstinstitutionen vor allem ihre klassische Bildungsaufgabe erfüllen, wissenschaftliche Aufarbeitung leisten und zur Interpretation des künstlerischen Geschehens beitragen. Wenn ihre Tätigkeit unter einem kommerziellen Erfolgszwang steht, sind sie gezwungen, finanziell riskante Programme zu vermeiden und ›sichere‹ Einnahmen mit ›sicheren‹ Ausstellungen anzustreben. So wird die Logik ihrer Arbeit umgedreht.«

In der FAZ hat der Kunstkritiker Peter Gorsen die Situation der Wiener Museen in Beziehung gesetzt zur allgemeinen Museumsentwicklung zwischen »kommerziellen Freizeitunternehmen« und Werte und Wissen vermittelnde Bildungsinstitutionen. Durch die betriebliche Modernisierung und die neuen Managementtechniken sieht er die Gefahr einer »Erosion museologischer Substanz«, die er bisher durch »Bildung und Aufklärung, die Emanzipation von bloßer Kunstmarktkunst und ... durch kritische Rationalität und Diskursbereitschaft« garantiert sah. »Das Museum ist in eine sich schon lange ankündigende Strukturkrise geraten, die nicht nur budgetär zu lösen ist. ... Neue Konzepte sind notwendig.« (FAZ, 7.2.)

Bernd Wagner

werkarbeit, Opferberatung und Entschädigung von Opfern rechter Gewalt sowie für Arbeitsstellen in diesem Bereich zur Verfügung.

28.2. Berlin Der Berliner Senat stimmt dem Hauptstadtkulturvertrag zwischen dem Bund und dem Land Berlin für die Jahre 2001 bis 2004 zu. Danach zahlt der Bund jährlich 148,5 Mio. DM für die Kultur in Berlin: 125 Mio. DM für Kultureinrichtungen (56 Mio. DM für die vier zukünftig vom Bund getragenen Institutionen *Jüdisches Museum*, *Berliner Festspiele*, *Haus der Kulturen der Welt* und *Martin-Gropius-Bau* und 69 Mio. DM des Berliner Finanzierungsanteil an den Bauinvestitionen der *Stiftung Preußischer Kulturbesitz*, und 20 Mio. DM für Projekte des *Hauptstadtkulturfonds* sowie 3,5 Mio. DM für die *Staatskapelle*. Mit den weiteren Mitteln des Bundeshaushalts für Kultur in Berlin, vor allem für die *Stiftung Preußischer Kulturbesitz*, beträgt der Bundeszuschuss für Berliner Kultur über eine halbe Mrd. DM jährlich.

März

1.3. Kabul/Bamian Die afghanischen radikalislamischen *Taliban* beginnen trotz weltweiter Proteste – auch anderer islamischer Staaten – mit der Zerstörung der in Stein gehauenen 35 und 53 Meter hohen und fast zweitausend Jahre alten Buddha-Statuen von Bamian. Die von der UNESCO zum einzigartigen Weltkulturerbe erklärten Kulturdenkmäler sind für die *Taliban* Götzengötzenbilder und Ausdruck von Gotteslästerung.

2.3. Hannover »Der deutsche Schlager hat seine Würde wieder!« atmete *Bild* am Tag nach der Auswahl des deutschen Beitrags zum *Grand Prix d'Eurovision de la Chanson* auf. Gewonnen hatte Michelle mit »Wer die Liebe lebt«. Abgeschlagen landeten die Vertreter der Spaßfraktion »Sladdi« Zlatko und »Mosi« Mooshammer auf den hinteren Plätzen

6.3. Berlin Der Berliner Senat beschließt Maßnahmen zur Reform der Theater- und Orchesterlandschaft. Allerdings bleibt von den großen Plänen

des Kultursenators Stözl vom Herbst vergangenen Jahres nur wenig übrig. Nach dem Beschluss wird es keine Zusammenlegung der Berliner Opernhäuser und der Ballette geben. Ein gemeinsamer *Opernrat* und die Umwandlung der landeseigenen Theater in eine GmbH sind die zentralen Inhalte des Beschlusses. Die chronischen Finanzprobleme der Berliner Theater sind damit freilich nicht gelöst und sollen im Zusammenhang mit der allgemeinen Finanzplanung weiter erörtert werden.

9.3. Köln Mit einer gemeinsamen Erklärung des Kölner Oberbürgermeisters Fritz Schramma und des Theaterintendanten Fritz Krämer scheint der »Kölner Theaterkrieg« beendet. Krämer hatte im September 2000 u. a. wegen schlechter finanzieller Ausstattung seinen Intendantenvertrag vorzeitig zum Jahr 2002 gekündigt, aber gleichzeitig darauf bestanden, seinen Regieverpflichtungen bis 2005 weiter nachzukommen. Die KulturpolitikerInnen hielten dies ihrerseits für untragbar und kündigten ihm presseöffentlich, was zu einem längeren Streit in den folgenden Monaten führte.

13.3. Berlin Bekanntgabe, dass der einst wichtigste Verlag der DDR für internationale Literatur *Volk und Welt* aufgelöst wird. Nach der Wende wurde der Verlag privatisiert und 1995 vom Eigentümer des *Luchterhand*-Verlages aufgekauft.

14.3. Paris/Stuttgart Der 31. Band der Asterix- und Obelix-Geschichten, »Asterix und Latraviata«, erscheint in einer Auflage von 8 Mio. Exemplaren, davon 2,6 Mio. in der deutschen Übersetzung. Der Stuttgarter *Ehapa* Verlag geht von einem Umsatz von 22 Mio. DM für die deutsche Ausgabe aus.

15.3.-13.4. Wien Erste »Plattform« zum Thema »Demokratie als unvollendeter Prozess« als Vorbereitung zur *Documenta 11*. In fünf Forschungsprojekten, sogenannte »Plattformen«, zu verschiedenen thematischen Schwerpunkten wird die wichtigste Ausstellung zeitgenössischer Kunst in Kassel ab 8.6.2002 vorbereitet. Weitere Stationen sind Neu-Delhi, Lagos und die Westindischen Inseln.

16.-19.3. Berlin Nach den positiven Voten zur

Selbstauflösung der Delegiertenversammlung von ÖTV, DAG, HBV, DPG und IG Medien schließen sich die fünf Gewerkschaften am 19.3. zur Dienstleistungsgewerkschaft *Ver.di* zusammen. Mit knapp 3 Mio. Mitgliedern ist *Ver.di* die größte DGB-Einzelgewerkschaft. Sie ist für die Tarifpolitik in über 1 000 Berufen mit 2 500 Tarifverträgen verantwortlich, darunter denen für die Kultur- und Medienberufe, die einen eigenen Fachbereich bilden.

21.3. Würzburg/München In einem Gespräch mit dem Würzburger Oberbürgermeister Jürgen Weber sichert der bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber ein stärkeres Engagement des Freistaates für das Würzburger *Mainfranken* Theater zu, um seine Schließung zu verhindern. Ab 2002 wird der Landeszuschuss von 7 auf 11 Mio. DM erhöht, und für das laufende Jahr soll es eine zusätzliche Bedarfszuweisung von 2 Mio. DM geben.

23.3. Marl Verleihung des *Adolf-Grimme-Preises* für die besten Fernsehproduktionen. Ausgezeichnet wurden mit Gold in der Kategorie »Fiktion & Unterhaltung« der Film »Die Polizistin« und bei »Information & Kultur« der Beitrag »Der Spezialist« über Adolf Eichmann und »Patrice Lumumba – eine afrikanische Tragödie« aus der Reihe »Politische Morde«. Der Grimme-Spezialpreis in Gold geht an Hans W. Geißendörfer für die »Lindenstraße«.

26.3. Los Angeles Bei der *Oscar*-Verleihung gewinnt »Gladiator« von Ridley Scott fünf Trophäen, darunter für den besten Film und den besten Hauptdarsteller. Je vier Auszeichnungen gehen an »Tiger Dragon« (Ang Lee) und »Traffic« (Steven Soderbergh). Als beste Hauptdarstellerin werden Julia Roberts (»Erin Brockovich«) und für die beste Filmmusik Bob Dylan ausgezeichnet.

29.3. Bayreuth Der Stiftungsrat der Wagner-Festspiele stimmt für Eva Wagner-Pasquier als neue Leiterin des Bayreuther Festspielhauses. Sie soll ab 2002 ihr Amt antreten. Ob der jetzige Leiter Wolfgang Wagner zu diesem Zeitpunkt bereit ist zurückzutreten, ist noch offen.

(Zusammenstellung: Bernd Wagner)